

Antwort von Daniel Baldy, SPD (per Mail)

Sehr geehrter Herr Piro,

Ich danke Ihnen herzlich für Ihr Schreiben und entschuldige mich für die späte Antwort.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Zustellungsbranche verrichten eine unfassbar wichtige Aufgabe für die Gesellschaft. Zustellerinnen und Zusteller sind systemrelevant, das hat insbesondere die Krise erneut gezeigt. Für die Daseinsvorsorge in Deutschland sind funktionierende Post- und Paketdienste wichtig und unverzichtbar. Jedoch sind die Arbeitsbedingungen in dieser Branche oft schlecht und die anspruchsvolle und körperliche Arbeit wird häufig schlecht bezahlt.

Arbeit bedeutet auch die Sicherung der Existenz. Das ist ein grundlegendes Bedürfnis. Für sich selbst und die Familie. Diese Sicherheit gibt es nur, wenn man auch langfristig planen kann: Eine gute Wohnung finden, die Miete bezahlen, den Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen, den Lebensstandard im Alter sichern. Daher setze ich mich für gerechte Löhne ein. Wer den ganzen Tag arbeitet, muss von seiner Arbeit ohne zusätzliche Unterstützung leben können. Auch das ist eine Frage des Respekts. Der gesetzliche Mindestlohn muss schnellstmöglich auf mindestens zwölf Euro erhöht und die Spielräume der Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ausgeweitet werden. Der Mindestlohn kann aber immer nur eine Untergrenze sein. Das Ziel sind anständige Tarifröhne. Wir als SPD wollen, dass möglichst viele Unternehmen sich an den Tarifverträgen beteiligen. Die Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung ist unanständig. Wir werden diese Praxis zurückzudrängen. Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären, muss in diesem Zusammenhang allerdings auch vereinfacht werden, damit sie für alle Beschäftigten und Arbeitgeber*innen in einer Branche gelten.

Insbesondere die Arbeitsbedingungen in der Zustellungsbranche sind oft schlecht. Es gibt viele ungesicherte Arbeitsverhältnisse durch Scheinselbständigkeit und Subunternehmertum. Ich werde mich als Abgeordneter dafür einsetzen, die Rechte von Arbeitnehmer*innen auszubauen, insbesondere durch die Stärkung von Betriebsräten, durch Mitspracherechte in Organisation und Entscheidungen, sowie das Recht auf Tarifverhandlungen. Starke Tarifbindung führt zu besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen und ist besser geeignet, Interessen auszugleichen als staatliche Vorgaben. Die Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne einen Sachgrund werden wir abschaffen und die vom Gesetz akzeptierten Gründe für eine Befristung kritisch überprüfen.

Eine Zerschlagung der Deutschen Post und eine vollständige Privatisierung werden wir verhindern und unfaire Wettbewerbsvorteile von Digitalkonzernen auch in diesem Bereich beseitigen.

Ich hoffe, dass ich Ihre Fragen beantworten konnte. Sollten Sie weitere Rückfragen haben, stehe ich Ihnen gerne für ein Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Baldy